

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Kleinzeile 5 Pf. Ermäßigungen nach Tarif.
Postkontos: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhof 292 bis 297

Der Seefadett macht Politif

Ein Treviranus-Interview: Ausschaltung des Reichstags — Deffentliche Arbeitspflicht! — Amtlich wird zurückgepfiffen!

Der Reichsminister Treviranus hat der „United Press“ ein Interview gewährt, dessen Inhalt aber so merkwürdig ist, daß man kaum glauben möchte, ein deutscher Reichsminister könnte so wenig von den deutschen Gesetzen wissen, wie es Herr Treviranus bei dieser Gelegenheit bezeugt. Er sagte:

Die Regierung beabsichtigt, den Reichstag von Mitte November bis Mitte März in die Ferien zu schicken,

um während dieser Zeit ohne Parlament zu regieren. Nun kann aber im Gegensatz zur Kaiserzeit der Reichstag der Deutschen Republik sich nur selber vertagen, die Regierung hat gar kein Recht dazu, ihre Verfassungsorgane unwillkürlich, sie kann lediglich den Reichstag auflösen. Das müßte eigentlich auch einem langjährigen Reichstagsmitglied und jetzigen Reichsminister bekannt sein! Weiter erzählte Treviranus, das Kabinett habe in der vergangenen Woche beschlossen, zur Minderung der Arbeitslosigkeit

die Arbeitspflicht einzuführen, und zwar für die öffentlichen Betriebe, nicht aber für Privatunternehmungen.

Selbstverständlich kann ein rechtsbürgerlicher Politiker nicht daran denken, den Fabriks- und Bergwerksbetreibern einen Zwang zur Beschäftigung von Arbeitern aufzuerlegen! In den öffentlichen Betrieben sollen die Zwangsarbeiter 100 Mark Monatslohn erhalten, also ungefähr ebenso viel wie die Arbeitslosenunterstützung betrage.

Ewig einverstanden!

Zu dem von der „United Press“ veröffentlichten Interview mit Reichsminister Treviranus läßt der Minister folgendes erklären:

„Ich habe in einer Unterredung, die Hr. Kuh von mir erbat, verschiedene in der deutschen Öffentlichkeit diskutierte Möglichkeiten über die innenpolitische Entwicklung Deutschlands erwähnt. In der Wiedergabe sind einige dieser Möglichkeiten irrtümlich als Pläne der Reichsregierung bezeichnet.“

17 Opfer eines Filmbrandes

Das Todeskind von Astrachan.

Astrachan, 7. Oktober.

Bei einer Filmaufführung hier brach Feuer aus. 17 Personen, darunter mehrere Kinder, kamen um, 14 trugen schwere Brandwunden davon.

Solidarität.

Sozialdemokratischer Oberbürgermeister und Erwerbslose.

Magdeburg, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Magdeburger Oberbürgermeister Beims, ein alter Sozialdemokrat, hat angesichts der großen Not aus seinen privaten Mitteln dem städtischen Wohlfahrtsamt monatliche Beiträge in Höhe von je 500 Mark für die Speisung der Magdeburger Erwerbslosen überwiesen.

Stahlhelm flieht in Synagoge.

Auch ein Nachspiel zum Stahlhelmtag.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (Eigenbericht.)

In Frankfurt flüchteten am Montagabend Stahlhelmlaute, die von Kommunisten verfolgt wurden, in die Synagoge und haben die Juden, die zum Gottesdienst versammelt waren, um Schutz, der ihnen auch gewährt wurde.

Eine Gruppe von 40 Stahlhelmläuten aus Schleswig-Holstein,

die am Koblenzer Stahlhelmtag teilgenommen hatten, und auf der Rückfahrt in einer Frankfurter Apfelweinwirtschaft ausreichend eingekauft war, wurde, als sie das Lokal verließ, von etwa 100 Kommunisten verfolgt. Es kam zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zwei Stahlhelmer verletzt wurden.

Aus dem Inhalt:

Kommunistische Streikstrategie	Seite 2
Wie wählen die Berlinerinnen?	Seite 3
Streikhäuser und Zankstraßen	Seite 3
Epilog zum Bezirkstag	Seite 4
Gefahren der Buchungsmaschine	Seite 5

Ein Teil der Stahlhelmer flüchtete in die Synagoge. Es entstand dort zunächst große Unruhe; als man aber den Sachverhalt hörte, wurden die Stahlhelmer von dem Pförtner in einen Seitenraum geführt und dort versteckt. Schließlich eilte das Webersollkommando mit zwei Autos herbei und befreite die Stahlhelmer. Ein Kommunist wurde verhaftet.

Nazitreiben auf der U-Bahn.

Den Nationalsozialisten ist der Sieg, den sie bei den letzten Wahlen erringen konnten, in den Kopf gestiegen. Täglich laufen auf unserer Redaktion Meldungen über Schlägereien ein, an denen Hitler-Anhänger hervorragend beteiligt sind. Neuerdings verlegen die Herrschaften den Schauplatz ihrer Tätigkeit auch in die Untergrundbahn. Wie uns gemeldet wird, griffen die Nazis gestern etwa gegen 11 Uhr jüdisch aussehende Fahrgäste tätlich an. So wurde in dem Hochbahnzuge zwischen Gleisdreieck und Bülowstraße ein Drogist Erich Zander niedergeschlagen, so daß er auf dem Bahnhof Bülowstraße verbunden werden mußte. Die Hitler-Leute entzogen sich wie üblich durch schnelle Flucht der Verantwortung. Der Niedergeschlagene trug erhebliche Verletzungen im Gesicht davon.

Ein ähnlicher Fall hatte sich etwa eine Viertelstunde vorher auf dem Bahnhof Hallesches Tor ereignet, wo ein angeblicher Kommunist niedergeschlagen wurde. Die Hafentreuzler verprügelten ihr Opfer und warfen es die Treppe hinunter. Sie hinderten außerdem noch das herbeieilende Bahnpersonal, dem Verletzten beizustehen und erklärten, daß sie ihn niedergeschlagen hätten, weil er: Hoch Moskau! gerufen hätte. Nachdem bekannt wurde, daß Polizei alarmiert sei, konnten die Täter auch hier flüchten.

Gehaltsabbau auf Welle 473

Der Westdeutsche Rundfunk als Scharfmacher

Wie heute im „Vorwärts“ bereits kurz mitgeteilt, sind sämtliche Angestellten des Westdeutschen Rundfunks, vom Intendanten bis zur Buchfrau, gekündigt worden, um ihre Gehälter abzubauen. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ vom 6. Oktober beschäftigt sich mit diesem skandalösen Vorgehen des Aufsichtsratsvorsitzenden Generaldirektor Bourat Lormin in Münster und schreibt dazu:

„Ueber die tieferen Gründe des diktatorischen Verfahrens werden alle möglichen Gerüchte weitergetragen. Von den einen wird vermutet, daß es sich um einen vorbereitenden

Schritt zur Durchführung eines rücksichtslosen Gehaltsabbaues handelt. Andere wiederum sind der Auffassung, daß Herr Bourat Lormin einen seit längerer Zeit schwebenden Streit mit der Reichsrundfunkgesellschaft jetzt auf dem Rücken der Angestellten austragen wolle. Die Reichsrundfunkgesellschaft weiß nämlich gar nichts von dem Schritt des Herrn Lormin. Aber man weiß, daß sie Einspruch erhob gegen den von Herrn Lormin in Angriff genommenen Neubau eines großen Senderaumes in Münster, der denjenigen der Kölner Zentrale an Leppigkeit weit übertreffen sollte.

Die „Rheinische Zeitung“ verlangt dann auf folgende Fragen eine unzweideutige Antwort:

1. Wie kommt es, daß nicht die verantwortliche Sendeleitung, sondern der dem Betriebe ganz fernstehende Vorsitzende des Aufsichtsrats eine derartige Generalkündigung anbefiehlt? Wie verlangt die Verantwortung dieser Frage, weil uns im Wirtschaftsleben ein derartiges Vorgehen bisher niemals bekannt geworden ist.
2. Hat der gesamte Aufsichtsrat den Vorsitzenden mit einer solchen Vollmacht versehen?
3. Ist sich der Aufsichtsratsvorsitzende darüber klar, daß seine Maßnahme zu einer schweren Erschütterung der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks führen muß, der eine empfindliche kulturelle und künstlerische Apparatur darstellt und nicht auf eine Stufe gestellt werden kann mit irgendeiner Branchenkündigung in der Industrie?
4. Wie stellen sich die Vertreter der Mehrheit des Aktienkapitals des Westdeutschen Rundfunks, der ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen mit einer Mehrheit des Staatskapitals ist, also die Reichsrundfunkgesellschaft, zu diesen Maßnahmen? Handelt es sich doch um den zweitgrößten deutschen Sender, dessen innerer Betrieb die Reichsrundfunkgesellschaft unmittelbar angeht.
5. Wie stellt sich der Kulturbereich des Westdeutschen Rundfunks zu dieser Massenkündigung? Da sie das gesamte Personal, einschließlich des Intendanten betrifft, so wird dadurch die Programmgestaltung gefährdet. Was gedenken vor allem die Vertreter des Reiches und Preußens im Kulturbereich zu tun?

Die Gewerkschaften haben sich bereits der Rundfunkangestellten angenommen. Die Hörer des Westdeutschen Rundfunks, vor allem die Arbeiterhörerschaft, die mit ihren Rundfunkgebühren das Unternehmen stützen, sind mit Recht über dieses unsoziale Vorgehen empört. Es muß verlangt werden, daß die Reichsrundfunkgesellschaft, die in der Westdeutschen Rundfunk-G. G. ausschlaggebend ist, und das Reichspostministerium, das wiederum mit Mehrheit in der Reichsrundfunkgesellschaft vertreten ist, umgehend in diesen Konflikt eingreifen und den Generaldirektor Lormin, wenn er den Konflikt heraufbeschworen hat, gehörig in die Schranken weisen.

Das franke Europa



„Seit 1914 habe ich mich nicht so schlecht gefühlt.“

Raubmord an der Geliebten?

Sensationsprozess Bauer in Wien.

Wien, 7. Oktober.

Unter großer Anteilnahme des Publikums begann heute der Prozess gegen den Kaufmann Gustav Bauer wegen Mordes an seiner Geliebten.

Im Juli 1928 fand man im Lainzer Tiergarten die Leiche einer Frau. Die Polizei stellte fest, daß die Frau einen tödlichen Schuß erhalten und der Mörder den Versuch gemacht hatte, sein Opfer durch Verbrennung unkenntlich zu machen. Ferner deutete der Umstand, daß bei der Toten nur ein Armband gefunden wurde, auf Raubmord hin. Erst nach einem Jahre wurde die Leiche als eine Frau Fellner, geb. Schäftner, festgestellt. Daraufhin wurde im Juli 1929 ihr geschiedener Gatte in Abazia in Italien verhaftet. Er konnte aber nachweisen, daß er am Tage des Mordes von einem Arzt in Oberzo behandelt worden war. Die weitere Untersuchung ergab, daß sich die Ermordete mit einem Flüssigkeitsagenten Bauer getroffen habe. Bauer wurde in Berlin verhaftet und gab nach längerem Leugnen die Zusammenkunft mit Katharina Fellner am Mordtage zu, jedoch bemühte er sich, für den Zeitpunkt der Tat ein Alibi zu bringen.

Aus dem Berliner Polizeigefängnis versuchte er Kaffee an seine Wiener Angehörigen hinauszuschmuggeln, in denen er um die Konstruktion eines solchen Alibis bat. Bauer hatte ferner nach dem Mord verschiedentlich Gold verkauft und auch Schmuckstücke veräußert, die einwandfrei als Eigentum der Ermordeten erkannt wurden. Auch einen der Ermordeten gebürtigen Bergmann hat er durch seine neue Geliebte verkaufen lassen. Die Gutachten der Psychiater bezeichnen den Angeklagten als äußerst intelligent und geistig normal und lehnen eine Sinnesverwirrung zum Zeitpunkt der Tat ab.

Der Angeklagte Bauer wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Nachdem der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Wisheim, die Verhandlung eröffnet hatte, entspann sich eine Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt über die Zulassung des Mannes der Ermordeten, Andreas Fellner, als Privatbeteiligter, der mit zweieinhalb Jahren Kerker vorbestraft ist. Der Gerichtshof beschloß, Andreas Fellner als Privatbeteiligten zur Verhandlung zuzulassen. Darauf begann die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift.

Gegen den Lohnabbau.

Entscheidung der ober-schlesischen Bergarbeiter.

Beuthen, 7. Oktober.

Eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nahm zu dem Schiedspruch für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau und Erzbergbau vom 2. Oktober Stellung.

Der Schiedspruch für den Steinkohlenbergbau, der die Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze bis 31. Januar 1931 unänderbar vorsieht, wurde einstimmig angenommen, während der in der gleichen Sitzung vom 2. Oktober vom Regierungsrat Prof. Dr. Braun gefällte Schiedspruch für den Erzbergbau, der im wesentlichen die bisherigen Löhne vorsieht und nur für zwei, unter ganz besonders ungünstigen Bedingungen leidende Erzgruben, abgesehen von den geringst bezahlten Arbeitnehmern, eine Ermäßigung von 4 Proz. festsetzt, ebenfalls einstimmig abgelehnt wurde.

Stahlhelme in Paris.

Zurückziehung der Kredite angedroht.

Paris, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Stahlhelmparade in Koblenz hat ein wütendes Respektreiben gegen die Verknüpfungspolitik zur Folge gehabt. Die französischen Nationalisten begnügen sich heute nicht mehr damit, den Kopf Brandts zu verlangen und nach neuen Rüstungen zu schreien. Mehrere Blätter fordern die Regierung auf, allen französischen Banken die

sofortige Zurückziehung der nach Deutschland gegebenen Kredite

zur Pflicht zu machen. Es sei glatter Vaterlandsverrat, schreibt Léon Daudet in der „Action Française“, daß die französischen Banken es wagen, mit ihren Depositionsgeldern die Kriegsvorbereitungen in Deutschland zu finanzieren.

Die Ursache dieser mit verdoppelter Heftigkeit geführten Kampagne dürfte in gewissen Gerüchten zu suchen sein, wonach der Abschluß einer großen französischen Kreditoperation zugunsten des Reiches in Paris zur Verhandlung steht. So berichtet z. B. der „Paris Midy“ am Montag, daß eine Aussprache, die am Freitag zwischen Lardieu, Briand, dem Finanzminister Reynaud und dem Direktorium der Bank von Frankreich stattgefunden hat, Projekten der angegebenen Art gegolten habe. Man habe daran gedacht, einen kurzfristigen, gegen politischen Besserungsschein immer wieder zu erneuernden Kredit bei den französischen Privatbanken aufzunehmen, und ihn durch die Vermittlung der BIZ dem Reich zuzuführen. Schon bei der Genfer Völkerbundtagung sei es zwischen Briand, Handelsminister Flandin und dem Reichsaussenminister Curtius zu Verhandlungen darüber gekommen, auf die Curtius in seiner Rede am Tage nach der Reichstagswahl unmissverständlich angespielt habe.

Blutige Spanierunruhen.

Kommunisten suchen Gewerkschaftshaus zu stürmen.

Paris, 7. Oktober.

Wie aus Spanien gemeldet wird, kam es am Montag in Bilbao zu blutigen Aufruhrigen. Eine Abteilung Kommunisten hatte ein Waffengeschäft überfallen und daraus sämtliche Gewehre geraubt. Die bewaffneten Demonstranten versuchten sich in einem Vorort zu verschanzen und die Arbeiterschaft durch die Proklamierung des Generalstreiks zu mobilisieren. Als die sozialistischen Gewerkschaften gegen diese Maßnahme Stellung nahmen, wollten die Kommunisten einen Sturm auf das sozialistische Gewerkschaftshaus unternehmen. Die Polizei trat ihnen jedoch entgegen. Es kam zu einer mehrstündigen Schießerei, in deren Verlauf ein Kommunist getötet, vier andere schwer und zahlreiche leichter verletzt wurden. 17 bewaffnete Kommunisten wurden verhaftet. Mehrere Häuser, aus denen auf die Polizei geschossen worden war, sind militärisch besetzt worden.

Verlobung Sofia-Rom. Amtlich verkauht, daß die Verlobung König Boris mit der italienischen Prinzessin Giovanna vollzogen wurde. Die angeblich in Kürze bevorstehende Heirat ist ein Sinnbild dafür, daß Bulgarien völlig ins faschistische Kielwasser geraten ist.



Das
Flugzeug
Berlin-Wien
das aus noch unauf-
geklärten Gründen über
dem Dresdener Flugplatz
abstürzte

Kommunistische Streikstrategie

Die Metallarbeiter sollen aus den Betrieben geprügelt werden

Etwa vier Seiten widmet die „Rote Fahne“ heute dem Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie. Und was ist der Anlaß dazu? Am Sonntag ist in einem Kino im Norden Berlins eine „Metallarbeiter-Konferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gewesen, die sich mit der Vorbereitung des Streiks in der Berliner Metallindustrie durch die KPD beschäftigte. In einem Kino lagte man; die ganze Veranstaltung wurde

eine „revolutionäre“ Kinovorstellung.

407 Delegierte haben nach dem Bericht der „Roten Fahne“ daran teilgenommen, wovon 50 Vertreter der Stempelstellen waren und die Betriebsdelegierten 120 von den 280 B.M.K.-Betrieben „vertraten“, d. h. nicht die Gesamtbetriebsräte dieser 120 Betriebe, sondern den Anhang der revolutionären Gewerkschaftsbewegung daraus. 266 Delegierte sollen sogar gewerkschaftlich organisiert gewesen sein.

Was ist nun von diesen „Delegierten“ auf Befehl der KPD beschlossen worden? Am Tage des Lohnabbaues sollen die Berliner Metallarbeiter unter der Führung der KPD geschlossen in den Streik treten. So ganz sicher war man sich aber darüber noch nicht, ob das Gros der Berliner Metallarbeiter, vor allem aber die freigewerkschaftlich organisierten, die Arbeit niederlegen, wenn es gerade der KPD, in den Kram paßt. Aber auch für diesen Fall ist Vorsorge getroffen worden. Zunächst werden einmal betriebliche „Kampfausschüsse“ gebildet. Im gegebenen Augenblick rufen die „roten Betriebsräte und Vertrauensleute“ Betriebsversammlungen auf dem Fabriksboden ein, in denen sofort über den Streik abgestimmt wird, natürlich nur durch Handaufheben. Zweidrittel- oder Dreiertelmehrheiten, wie sie die Gewerkschaftstatuten für einen Streikbeschuß vorsehen, gibt es selbstverständlich nicht.

Wo die Sache mit den Betriebsversammlungen und anschließenden

den Arbeitsniederlegungen nicht klappen sollte, ziehen die streikwilligen Belegschaften einzelner Abteilungen durch das ganze Werk, um die noch nicht „streikreifen“ Arbeiter zum Anschluß an die Bewegung zu gewinnen, was wohl richtiger heißen sollte:

zum Anschluß an die Bewegung zu prägen.

Zu Verhandlungen mit den Betriebsleitungen ist natürlich nur die kommunistische Streikleitung „autorisiert“.

Ganz besonderer Wert ist auf die „Mithilfe“ der Erwerbslosen gelegt. Sie sollen vor den Betrieben, in denen noch gearbeitet wird, „Spaller bilden, um die Kollegen zur Einreihung in die Streikfront zu bewegen“. Bei dem wilden Streik bei Dr. Paul Meyer versuchte man, die Nichtstreikenden auch durch Erwerbslose zu gewinnen, indem man ihnen nachstieß und sie hinterhältig überfiel. Sprechzettel vor den Betrieben, M.H.-Guppen und vor allem Sammelkisten sind ebenfalls vorgelesen.

Das ist nur ein kleiner Strauß von Blumen aus dem kommunistischen Streikstrategiegarten. Ernst zu nehmen ist dieses Wortgedimmel nicht. Es ist möglich, daß die KPD versuchen will, mit den Berliner Metallarbeitern ein solches Babanqueispiel zu treiben. Die Berliner Metallarbeiter haben aber so viel gesunden Menschenverstand, den unterverantwortlichen kommunistischen Rattenfängern nicht zu folgen, die mit ihren wahnsinnigen Parolen

schon Tausende von Arbeitern ins Elend gestürzt

und dadurch die Front der Unternehmer nur gestärkt haben. Die Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern und der gesamten Arbeiterschaft verantwortlich sind, werden gemeinsam mit der organisierten Arbeiterschaft sich von diesen revolutionären Räuheren nicht beirren lassen, sondern den Weg gehen, den sie im Interesse der gesamten Metallarbeiter und -arbeiterinnen für den richtigen halten.

Dunkel um die Luftschiffkatastrophe

46 Leichen geborgen — Ueberführung nach England

Paris, 7. Oktober.

Die englischen und französischen Sachverständigen sind immer noch mit der Untersuchung der Katastrophe von „R 101“ beschäftigt. Ihr Bericht soll in etwa zwei Tagen herauskommen, aber jetzt schon ist die Mehrzahl der Sachverständigen darüber einig, daß die wahre Ursache des Unglücks in einem Bruch des Tiefenstellers gelegen habe. Durch den starken Regen sei das Luftschiff noch besonders beschwert gewesen, so daß es in einem bestimmten Augenblick dem Führer nicht mehr möglich gewesen sei, die erforderliche Höhe zu erreichen.

Am Montag spät abends empfing der Leiter der englischen Untersuchungskommission, Major Holt, in Beauvais Mitglieder der Presse, um über den Fortgang der Nachforschungen zum Unglück des Luftschiffes „R 101“ Auskunft zu geben. Er beziffert die Zahl der geborgenen Leichen auf 46, nicht, wie erst angegeben war, auf 47. Der Irrtum ist nach Major Halls Angaben darauf zurückzuführen, daß man eine Leiche, die durch den Brand in zwei Teile zerfallen war, in zwei Särgen legte statt in einen. Durch die Aufklärung wird die Annahme hinfällig, daß an Bord des Luftschiffes ein blinder Passagier war. Major Holt gab die Namen der fünf neu identifizierten Leichen bekannt, und zwar handelt es sich um Bick, King, Stott, Todd und Sergeant Potter. Der Versuch, auch die noch übrigen Leichen zu identifizieren, wird in London wiederholt werden.

Die Särge werden heute auf Bojettten aufgebahrt und vom Rathaus in Beauvais nach dem Bahnhof übergeführt werden, wo ein Sonderzug bereit steht. Ministerpräsident Lardieu wird an dem Trauerzuge vom Rathaus bis zum Bahnhof teilnehmen. Die militärischen Ehren werden durch Truppen der Garnisonen Beauvais, Compiègne und Senlis erwiesen. Am 12 Uhr wird der Sonderzug den Bahnhof mit Bestimmung Boulogne-sur-Mer verlassen, geleitet von einem französischen Flugzeuggeschwader von 40 Apparaten. Die Ueberlebenden der Katastrophe, die nicht im Hospital bleiben müssen — das sind What, Wing und Bell — werden denselben Zug benutzen. Nach Ankunft des Zuges in Boulogne um 4 Uhr nachmittags werden die Särge an Bord der englischen Torpedobootzerstörer „Tempest“ und „Cedule“ übergeführt und nach England gebracht.

Auf die Frage nach den Ergebnissen der technischen Untersuchung weigerte sich Major Holt zu antworten. Er erklärte nur, daß die Arbeiten sehr langsam und schwerig sein werden.

Aufhebung des Heliumausfuhrverbots?

New York, 7. Oktober.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Britten, der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, den Vorschlag des Konteradmirals Moffett bekräftigt, der, wie gemeldet, angeregt hat, im Hinblick auf die Katastrophe der „R 101“ im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt das Ausfuhrverbot für Heliumgas aufzuheben.

Schwere Zusammenstöße in Lissabon.

London, 7. Oktober.

Ein aus Lissabon hier eingegangenes zensiertes Telegramm besagt, daß es in der portugiesischen Hauptstadt gestern am Jahrestage der Ausrufung der Republik zu schweren Zusammenstößen im Verlauf zahlreicher Demonstrationen gekommen sei. Ueber 50 Personen seien verletzt worden, 24 davon schwer. Die Polizei habe eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

Parteienossen! Volksbühnenmitglieder!

heute Mitgliederversammlungen besuchen. Wahllochklag Daubert-Böhme unterstützen.

Krach nach einer Hitler-Verammlung. In Frankfurt am Main kam es nach einer Hitler-Verammlung in der Frankfurter Festhalle zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Polizei wurde von den Kommunisten mit Steinen beworfen und machte schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Die Menge wurde mit Gewalt auseinandergetrieben. Ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei wurde verhaftet, weil man in seinem Besitz eine Armeepistole vorfand.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Berlin. Die Arbeiter-sänger, die am Sonntag, dem 12. Oktober, an der Kundgebung der Sozialdemokratie teilnehmen, treffen sich am Sonntag, pünktlich 13 1/2 Uhr (1 1/2 Uhr), an der Schloßterrasse im Lustgarten. Es wird gesungen: Sturm, Gesang der Völker, Lord Tolson. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Eichwalde. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. Oktober, 20.30 Uhr, im Lokal Lindner, Bahnhofstraße. Thema: Welche Folgen ziehen wir aus der Reichstagswahl. Referent: Genosse Union Reihner, M. d. R. Der Vorstand.

Wetter für Berlin: Zeitweise aufklarend und ziemlich kühl, keine erheblichen Niederschläge. Abflauende Winde aus westlicher Richtung. — Für Deutschland: Ueberall kühles und noch vorherrschend wolfiges Wetter. Im Nordosten noch einzelne Regenschauer.

Gefahren der Buchungsmaschine

Arbeit, Wohnung und Hygiene

Die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Breslau befaßte sich mit den Themen „Arbeit und Wohnung“ und „Die Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben“. Es liegt im Wesen der Gewerbehygiene und des Gesundheitschutzes im Betriebe, daß der an dieser Wissenschaft interessierte Personenkreis außerordentlich groß ist. Und so versammelten sich in Breslau Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer, der Krankenversicherung und zahlreiche Fachgelehrte der technischen und der medizinischen Wissenschaft und Behördenvertreter.

Bei oberflächlicher Betrachtung mag es scheinen, daß

das Wohnungsproblem

nur in entferntem Zusammenhange mit der Gewerbehygiene stände. Daß dem nicht so ist, beweisen die Referate, die das Problem vom ärztlich-hygienischen Gesichtspunkte (Prof. von Drigalski), vom Standpunkte der Stadtpolizei und des Städtebaues (Ministerialrat Hermann) und der Betriebsgestaltung (Oberingenieur Richter) behandelten. Insbesondere das rednerisch und inhaltlich wertvolle Referat des Stadtmedizinalrats von Drigalski unterrichtete über den Stand unserer medizinischen Kenntnis auf dem Gebiet der Wohnungshygiene.

Gerade für Kleinwohnungen, die für den Arbeiter praktisch in Frage kommen, wird die bakterientötende und keimbahnende Bedeutung des Sonnenlichtes nicht genügend gewürdigt. Von entscheidender Bedeutung für die Hygiene der Wohnung ist ihre Lage zur Arbeitsstätte. Ein kurzer Weg mag insbesondere bei sitzender Tätigkeit von Nutzen sein. Lange Wege aber, wie sie in der Großstadt und auch bei Großbetrieben auf dem Lande üblich sind, stellen eine zusätzliche Leistung dar und bedeuten eine Vermehrung der körperlichen Inanspruchnahme durch die Arbeit. Sie führen zu vorzeitigem Verbrauch der gesundheitlichen Widerstandskraft und zehren am gesundheitlichen Kapital des Arbeiters.

Auch mit der Frage besonderer Wohnungen zu diesem Zwecke in Siedlungen für körperlich Behinderte (Krüppel, Blinde und Tuberkulosekranke) beschäftigte sich der Vortragende und kommt zu einer ablehnenden Beurteilung dieser Einrichtungen, die sich auch in der Praxis nicht bewährt haben. Auch für den Betrieb ist die Frage,

wo und wie wohnt der Arbeitnehmer,

so führte der betriebstechnische Referent aus, von immer zunehmender Bedeutung. Es bestehen Wechselbeziehungen zwischen dem Standort der Industrie und den Wohnungsverhältnissen. Die Gebundenheit des Arbeiters bewirkt oft erhebliche Schwierigkeiten und bedeutet ein Behinderungsmoment bei Rationalisierungsmahnahmen in Verbindung mit Betriebsverlegungen. Die Lösung dieser Schwierigkeiten durch Werkwohnungen ist abzulehnen. An seine Stelle muß der Wohnungsbau durch die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch lokale Bauvereinigungen, an der sich die Arbeitgeber überell und materiell durch Hergabe von Baudarlehen beteiligen müssen, treten.

In der eingehenden Diskussion, die sich an die Hauptreferate angeschlossen, nahmen mehrere Gewerkschaftsvertreter das Wort und bezogen ihre Ausführungen insbesondere auf

die schädliche sogenannte Pendelwanderung, die dazu führt, daß in den Industriezentren Zehntausende von Arbeitern täglich hundentweit antinodar vorbeifahren müssen.

Ein Vertreter des Bundesvorstandes des A.D.G.B. wandte sich gegen die vom Reichsarbeitsminister beabsichtigten Zwerghwohnungen, die noch weit unter der in den Reichstagsgesetzen zum Wohnungsbau vorgesehenen 45-Quadratmeter-Größe liegen.

Der zweite Verhandlungstag war der

Hygiene für die Angestelltenberufe

gewidmet. Gewerbedechnischer Referent Dr. Holstein, der das hygienische Hauptreferat hielt, hatte mit den Unterlassungsfünden der Vergangenenheit zu kämpfen. Ausgiebiges statistisches Material der Krankenkassen stand nicht zur Verfügung. Es wurde ein Ueberblick über die Gesundheitsverhältnisse vor allem des Büro- und des Cadenpersonals gegeben. Wie nach früheren Erfahrungen zu erwarten, zeigt das Cadenpersonal in Häufigkeit die Krankheiten der stehenden Berufe: Krampfadern, Plattfüße, Knickungen der Gebärmutter und anderes mehr, während das Büropersonal die Schäden der Schreibtischarbeit im Sten: Darmträgheit, Schreibkrampf und Sehnencheidenentzündungen statistisch aufweist. Beiden gemeinsam ist

die auffällig hohe Zahl der nervösen Erkrankungen, die durch die modicuta Buchungsmaschinen mit ihrer intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft noch eine Steigerung erfahren hat.

Vergleicht man die Ernährungs- und Lebensverhältnisse der Familien kaufmännischer Angestellter mit dem Arbeiterhaushalt, so sieht man, daß bei gleichem Einkommen die Ausgaben für Nahrungsmittel im Interesse für Kulturausgaben zu kurz kommen.

Die Forderungen, die das hygienische Referat für den Gesundheitschutz stellt, decken sich mit denen des zweiten Referenten, Ministerialrat Dr. Kremer, der vom betriebsorganisatorischen und technischen Standpunkte die Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben beleuchtet. Sowohl im Büro als auch im Kaufmann muß für zweckmäßige Stühle und gute natürliche Beleuchtung und neuzeitliche Belüftung gesorgt werden. Fußkühle, Zugluft ist zu vermeiden. Urlaub, Arbeitszeit und Pausen sind zweckentsprechend zu regeln. Für die Pausen sollen Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen, die körperliche und geistige Ausspannung gestatten. Die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Angestelltenchutzes sind bisher dürftig, und ihre Durchführung ist mangelhaft. Auch hier muß Wandel geschaffen werden.

In der letzten anschließenden Diskussion nahmen Ber-

treter der Angestelltengewerkschaften aller drei Richtungen das Wort und unterstrichen die Ausführungen der Referenten. Auf

die Gefahren der Buchungsmaschinen

wurde nachdrücklich hingewiesen und betont, daß den durch sie gegebenen Erleichterungen der Arbeit gegenüber dem Kopfrechnen andere schwerwiegende Bedenken gesundheitlicher Art entgegenstehen. Die Arbeitskonzentration wird erhöht, die Arbeit selbst ist einseitiger und dadurch schädlicher geworden und beansprucht in dauernder Wiederkehr die gleichen Muskelgruppen.

Bei dem allgemeinen Interesse, das dieses Thema der Angestelltenhygiene in der breiteren Öffentlichkeit findet, wird eine Drucklegung der Referate und der Diskussion stattfinden.

Wie in früheren Jahren versammelten sich auch diesmal die Gewerkschaftsvertreter und die Versicherungsvertreter der Krankenkassen am Vorabend der Tagung zu einer Sonderbesprechung, in der unter Führung des Bundesvorstandes des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes unser Verhalten zur Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene und unsere Stellungnahme zur Tagesordnung ausführlich besprochen wurde. Dr. Meyer-Produitz.

Kleinstaaterei — gesundheitsgefährdend!

Kleinstaaterei bedrohe die Volksgesundheit? Die Behauptung ist gar nicht so paradox wie es im ersten Augenblick scheinen könnte. Zwar läßt sich zwischen Dezentralisation und Hygiene ein unmittelbarer Kausalzusammenhang auch mit größter Mühe nicht konstruieren, aber die Gefährdung der allgemeinen Wohlfahrt ist vorhanden — wenn auch in negativer Weise. Kleinstaaterei macht ein systematisches, großzügig angelegtes Bekämpfungswerk der Krankheiten, insbesondere der Infektionstransmissionen unmöglich! Und daß System und Organisation auch bei der Seuchenbekämpfung unerlässlich sind, beweisen die großartigen Erfolge, die eins der wenigen Reichsgesetze auf hygienischem Gebiet, das Reichsseuchengesetz von 1900, zu verzeichnen hat. Die sechs unter das Gesetz fallenden Seuchen (Aussatz, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Boten) sind bei uns so gut wie ausgestorben. An Boten, denen vor 1900 in Deutschland Tausende jährlich zum Opfer fielen, ist in den letzten Jahren überhaupt niemand mehr gestorben. Und daß 1915 an Fleckfieber 49 039 Menschen zugrunde gehen mußten, war eine der vielen Begleiterscheinungen des Krieges. Heute betragen die Todesfälle an Fleckfieber durchschnittlich 2 im Jahr.

Leider umfaßt das Gesetz nicht alle ansteckenden Krankheiten, vielmehr sind die meisten landesrechtlich geregelt. Dabei ergeben sich nur zu oft tragische Widersprüche — auf Kosten der Volksgesundheit.

Verdachtsfälle von Diphtherie, Scharlach, Genickstarre, Ruhr, spinärer Kinderlähmung, Typhus sind in einigen Ländern meldepflichtig, in anderen nicht, ohne Rücksicht darauf, ob die Länder benachbart sind. Ja, die Willkür der Territorien geht noch weiter; auf Grund irgendwelcher überalterter Vorschriften werden den einzelnen Ländern Rechte eingeräumt, die einer modernen Hygiene hohn sprechen! Paratyphus — überall sonst im Reich unter Anzeigepflicht — ist nur in Schaumburg-Lippe und einzelnen Kreisen (!) von Hessen nicht behördlich geregelt. In ganz Deutschland sind Rückfallfieber und Trichinose meldepflichtig — nur in Sachsen nicht. In ganz Deutschland besteht Anzeigepflicht für Tollwut — nur in Oldenburg nicht! Ja, gibt es denn eine besondere oldenburgische Tollwut? Warum müssen in Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz Bisse durch tote Tiere nicht gemeldet werden? Vielleicht nimmt man an, daß die staatlichen Hoheitsrechte von Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin von der Tollwut genau so unterschiedlich respektiert werden wie vom Geiz!

Wie unzureichend, ja sinnlos diese Schutzbestimmungen heute geworden sind, mögen noch folgende Beispiele illustrieren: Meldepflichtig sind Malaria im preussischen Regierungsbezirk Aachen, in Württemberg, Baden, beiden Mecklenburg, einem heftischen Kreise und drei oldenburgischen Bezirken; Windpocken in acht heftischen Kreisen; Burnkrankheit in Bayern, Württemberg, beiden Mecklenburg, Anhalt und Lippe.

Kleine Notizen

Das Vitamin D (bekannt unter dem Namen Vigantol) wird in steigendem Maße zu Heilzwecken verwendet. Hohe Gaben (dreimal 20 Tropfen Vigantol) zeitigen in einer Lungenerkrankung bedenkliche Krankheitsercheinungen: Appetit- und Schlaflosigkeit, Mattigkeit, Durstgefühl, Gewichtsabnahme (bis zu 2 Kilogramm pro Woche). Kranke ohne offene Tuberkulose zeigten keinerlei Krankheitsercheinungen. Die angezeigten Erfahrungen lehren, daß jede Kur auf eigene Faust unterlassen werden muß!

Der bekannte Unioerjiits-Massagelehrer Dr. F. Kirchberg hat für die Behandlung von irdischen Verstauchungen neue und erfolgreiche Wege gewiesen. Freilich kann der neue Weg nur durch einen maßkundigen Arzt beschritten werden. Nach dem jetzigen Stande geht die Heilbehandlung folgenden Gang:

1. Kalte Umschläge bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Schwellung „steht“, also nicht mehr zunimmt.
 2. Schutz der Haut vor der Kälte Wirkung durch Einsetzung mit Seife.
 3. Nunmehr warme Umschläge.
 4. Am folgenden Tage Beginn der Massage mit dem Zweck, die Blutaustritte in der Gelenkapsel zum Auffaugen zu bringen. Massage täglich möglichst zweimal.
 5. Nach der Massage Gegend in entsprechende Bündel legen.
- Der Erfolg ist geradezu erstaunlich. Heilung nach soviel Tagen wie sonst nach Wochen.

Bisher nahm man an, daß das Hormon (d.h. der Saft) des Vorderlappens des Hirnanhangs (Hypophysis) erst beim Eintritt

der Geschlechtsreife in die Blutbahn gehe bzw. im Organismus vorhanden sei. B. Hauptstein von der Frauenklinik in Freiburg im Breisgau hat nun nachgewiesen, daß das Hormon des Hypophysenvorderlappens schon viel früher im Körper nachweisbar ist. Wir sind also heute nicht in der Lage zu sagen, welches Hormon unter den vielen die Geschlechtsreife zuerst hemmt und sie zur gegebenen Zeit fördert.

Im September 1930 lagte in Zürich der 7. Kongreß für Geburtenregelung. Er befaßte sich in der Hauptsache mit den Methoden der Empfängnisverhütung und war insgesamt mit 114 Fachleuten besetzt. Zugelassen waren als Sprachen Deutsch und Englisch. Gleichwohl stammten die Teilnehmer aus den verschiedensten Ländern, z. B. auch aus Japan, Dänemark und von den Philippinen. Japan hatte übrigens einen Medizinalbeamten als offiziellen Vertreter geschickt. Der Kongreß sah in der Empfängnisverhütung eine Möglichkeit zur Bekämpfung der Abtreibung. Die deutschen Teilnehmer betonten die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, das Problem der Empfängnisverhütung in den Rahmen des Mutterschutzes einzugliedern. Bezüglich der Methoden herrschte Einstimmigkeit darüber, daß für die absolute Wirkung die Verbindung eines mechanischen mit einem chemischen Mittel verlangt werden müsse. Es wurde auf dem Kongreß auch die Frage der Unfruchtbarmachung, also die der Sterilisierung, eingehend erörtert. Interessant ist die starke Inanspruchnahme der Stellen, die in den einzelnen Ländern im Interesse der Geburtenregelung eingerichtet worden sind. Seit 1923 besteht in New York die Birth Control Clinic, die bei zwölf wöchentlichen Sprechstunden bisher 19 000 Frauen beraten hat. Es werden dabeilbst nur verheiratete Frauen zur Sprechstunde zugelassen. In England besteht eine ähnliche Stelle in Watworth, seit 1921. Sie hat bei drei bis fünf wöchentlichen Sprechstunden bisher insgesamt 12 368 Patientinnen beraten. Unter den deutschen Städten ist am meisten Leipzig in Anspruch genommen worden.

Dr. O. S.

